

Antrag auf Gewährung einer Investitionskostenförderung

Kreis Gütersloh
Der Landrat
Abteilung Soziales
33334 Gütersloh

Antrag auf Gewährung einer Investitionskostenpauschale nach §§ 11 und 12 Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW) in Verbindung mit Abschnitt 4 der Verordnung zur Ausführung des Alten- und Pflegegesetzes Nordrhein-Westfalen und nach § 92 SGB XI (APG DVO NRW) für das Jahr 2021

Träger

Name

Straße und Hausnummer

Postleitzahl/Ort

Ansprechpartner

Familiename

Vorname

Telefonnummer

FAX Nummer

E-Mail-Adresse

Anschrift der ambulanten Pflegeeinrichtung, für die die Investitionskostenpauschale beantragt wird

Name des Pflegedienstes

Straße und Hausnummer

Postleitzahl/ Ort

Aufnahme der Tätigkeit der ambulanten Pflegeeinrichtung am

Bankverbindung

IBAN der Kontoinhaberin oder des Kontoinhabers

BIC

DE

Name der Kontoinhaberin des Kontoinhabers

Erklärungen

Der Antragsteller erklärt, dass

- die Voraussetzungen des § 11 Alten- und Pflegegesetzes erfüllt werden (Abschluss eines Versorgungsvertrages nach § 72 Sozialgesetzbuch XI (SGB XI), Vorliegen einer Vergütungsvereinbarung nach § 89 SGB XI,
- die Qualitätsvorgaben nach der Vereinbarung zur Qualitätssicherung gemäß § 112 ff SGB XI eingehalten werden,
- den Pflegebedürftigen für den Antragszeitraum keine Investitionsaufwendungen in Rechnung gestellt werden beziehungsweise wurden,
- der Abteilung Soziales des Kreises Gütersloh alle Änderungen der entscheidungserheblichen Tatsachen für die Gewährung der Investitionskostenpauschale (z. B. Betriebsschließung, Trägerwechsel, Änderung des Dienstes oder der Rechtsform, Umzug und weitere) unverzüglich mitgeteilt werden
- die Angaben zu diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind,
- prüffähige Unterlagen über die Leistungsvoraussetzungen mindestens 5 Jahre aufbewahrt werden und diese Unterlagen bei der Prüfung durch den Kreis Gütersloh vorgelegt werden,
- er/sie die Vorschriften des § 83 Abs. 1 Nr. 3 SGB XI (Pflegebuchführungsverordnung) erfüllt,
- dem/der Unterzeichner/in bekannt ist, dass er/sie wegen unvollständiger oder unwahrer Angaben strafrechtlich verfolgt werden kann.

Anlagen

- Testat einschließlich Berechnung der Investitionskostenpauschale für den oben aufgeführten Dienst
- Kopie des Versorgungsvertrages nach § 72 Sozialgesetzbuch XI, sofern dieser noch nicht vorliegt oder zwischenzeitlich gegenüber der bereits vorliegenden Fassung Änderungen eingetreten sind
- Nachweis der Vertretungsberechtigung / Vollmacht

Mir ist bekannt, dass unvollständige und unrichtige Angaben, die zu einer erhöhten Auszahlung der Investitionskostenpauschale führen, Rückerstattungsansprüche gemäß § 45 Absatz 2 Sozialgesetzbuch X nach sich ziehen.

Mit meiner Unterschrift bestätige ich, dass ich die Datenschutzerklärung zur Kenntnis genommen habe und ihr zustimme.

Ort und Datum

Name des Unterschreibenden in
Druckbuchstaben

Rechtsverbindliche Unterschrift
Antragstellerin oder Antragsteller